



sozialdemokratischer Alleinregierung hat der Verteidigungsminister Apel auch noch die traditionellen Gelöbisse bei der Vereidigung der Rekruten aufgehoben, die unter seiner Oberaufsicht jahrelang eifrig gegen zehntausende Demonstranten mit Polizeiaufgebot geschützt wurden. Sein Nachfolger Wörner stellte sogleich die alten Verhältnisse wieder her und lobte seinen Vorgänger Apel, daß er geholfen habe, die »Vorurteile« in der Bevölkerung gegen die Bundeswehr abzubauen. Ehre, wem Ehre gebührt!

Das Ende der sozialliberalen Koalition war schon beim »Sommertheater« und bei anderen Gelegenheiten immer näher gerückt. Die Regierungskoalition brach zusammen, weil die Wähler den Regierungsparteien und der SPD bei den Wahlen in Hamburg, Berlin, Niedersachsen wegliefen. Die Vorhersagen für die Hessenwahlen gingen in dieselbe Richtung. Der soziale Abbau, der unter der sozialliberalen Regierung begonnen hatte, nahm Ausmaße an, die die Grundlagen der Regierung ins Wanken brachte. Das kam in erster Linie der CDU als »Oppositionspartei« zugute.

Wenn die Wahlergebnisse sich mit dem langgeübten Koalitionsschacher nicht mehr in Einklang bringen lassen, wird daraus »Unregierbarkeit« gemacht, obwohl — parlamentarische Mehrheit hin oder her — weiterregiert wird, ohne Rücksicht auf des »Volkes Wille«. Beispiel sind die Minister der FDP in der Regierung, obgleich dieser Partei Wähler und Mitglieder in Scharen wegliefen. Um des Volkes Willen in Einklang zu bringen mit dem Handel um die Ministerposten wird eben neu gewählt; es muß doch möglich sein, die Wahlergebnisse irgendwann so hinzukriegen, daß sie »passen«. So in Hamburg, bald in Hessen, und vielleicht wiederholt sich das in der Bundesrepublik, wenn es im März zu Wahlen kommen sollte. Verfassungsänderungen, Verfassungsklagen und andere Manipulationen sind im Gespräch. Die Frage, ob SPD oder CDU/CSU die absolute Mehrheit im Bonner Parlament erreichen können und was passiert, wenn es nicht eintritt, bereitet den Parteistrategen Sorge. Wie kann eine große Koalition gebildet werden, die nicht als solche vor den Wählern erscheint und nicht Brandts Ausspruch von der »Mehrheit links von der CDU« Lügen strafen könnte?

### Der Zerfall der »Volksparteien«

Der Verfall der »Volksparteien« in der BRD hat die FDP als die kleinste Lobbypartei als erste erfaßt, die anderen werden ihr folgen. Wen vertritt die FDP, welche Wähler sammelten sich um diese Partei? Vor allem jene Schichten, die zwischen Arbeit und Kapital sich als ausgleichendes Element in der Gesellschaft dünken, über den Arbeitern und Angestellten in Fabriken und Kontoren standen und die Lebensbedingungen der oberen Zehntausend als ihr Ideal ansahen: Kleine Unternehmer und Krauter, die nach »Höherem« strebten, Ärzte, Rechtsanwälte, höhere Angestellte, Aufsteiger aus der Arbeiterklasse. Die wachsende Zahl der Wähler, die heute diese und morgen jene Partei wählen, die Parteimitglieder, die ein und austreten, je nachdem, ob es Vorteile oder Nachteile bringt oder sie sich solche erhoffen, und die von den großen Parteien als Beweis ihrer Anziehungskraft vorgezeigt werden, zeigen, welche unerfüllbaren Erwartungen die Wähler an sie stellen.

Die Gesellschaft gerät in wachsende Unruhe. Grüne und Grüne/Alternative sind Durchgangsstadien auf dem Wege zur politischen Scheidung der Gesellschaft nach Klassen.

Dabei kann nicht übersehen werden, daß nicht nur die SPD, sondern auch die CDU und andere reaktionäre Gruppen und Parteien auf die »grüne« Opposition Einfluß zu nehmen versuchen. Die Selbsthilfe-Ideologie mancher »Aussteiger« und gewisse Formen »Alternativen Lebens« (Bauernhof etc.) sind den Vorstellungen Blüms von Selbsthilfe, und daß der Staat nur für die »wirklich Bedürftigen« Leistungen erbringen kann, nicht wesensfremd. Ähnliches gilt von jenen vom Staat zugelassenen und jetzt auch stärker in Erscheinung tretenden Privatschulen, die sich als fortschrittlich geben und (gegen

## »Demokraten«

Wie sehr die Jagd nach den Pfründen im Vordergrund steht, kann man aus dem Gerangel um den Innenministerposten ersehen. Die FDP forderte in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU zunächst den Posten des Innenministeriums für den ehemaligen Innenminister Baum auch in der neuen Koalition. Da aber die CSU — aus »guten« Gründen — diesen Posten für sich beanspruchte, mußte Baum zurückstecken, obwohl er durchaus bereit war, an dem Koalitionswechsel mitzuwirken. Erst jetzt trat er in »Opposition«, versuchte sich links zu profilieren, um schließlich auch die »Linke« in der FDP wieder im Stich zu lassen und durch die Gunst Lambsdorffs den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP nach dem Auszug seiner linken Freunde entgegenzunehmen, mit der Aussicht, nach dem 6. März einen Ministerposten bekommen zu können. Vorausgesetzt, daß die FDP dann noch im Bundestag vertreten ist. Kann man in einem so kurzen Zeitraum schneller und öfters umfallen? Wenn es darum ging, liberale Ideale zu beerdigen, dann waren die meisten Liberalen in Deutschland schon immer als erste zur Stelle. Das war so zu Bismarcks Zeiten und bestätigte sich, als es galt, Hitler 1933 die »Ermächtigung« auszusprechen und sich »gleichzuschalten«, wobei der spätere 1. Bundespräsident der BRD, Heuß (FDP), dem »Ermächtigungsgesetz« zustimmte.

Schulgeld) eine bessere Ausbildung bieten können, als die für die Allgemeinheit zugänglichen Schulen, die gemäß der Schulpflicht ihre Schüler ja nicht aussuchen können und unter dem Abbau leiden. »Selbsthilfe« kann fortschrittlich oder reaktionär sein, je nachdem, welchen politischen Zielen sie dient. Sie kann der Ablenkung von den gesellschaftlichen Mißständen dienen, sie kann aber auch dem Kampf gegen diese Mißstände dienen.

Die als Regierungspartei am Ende ihres Lateins angelangte SPD erhielt zunächst wieder Zulauf von ihren Wählern, die über die Auswirkungen der Regierungspolitik schon enttäuscht waren. Schmidt meinte dazu, »daß es hier und da in der Partei Erleichterung gäbe, daß wir den größeren Teil der Verantwortung für das, was in Bonn geschieht, einstweilen losgeworden sind...« In die Zukunft schauend fügte er hinzu: »... ich will... meinerseits auch vor diesem Gefühl der 'Erleichterung'... dringend warnen.«

Der Grund für Schmidts Ablehnung, am 6. 3. wieder als Kanzlerkandidat seiner Partei sich zur Verfügung zu stellen, hat nicht nur gesundheitliche Gründe: Es wurde immer

### Inhaltsverzeichnis

Die Unternehmer — die Gewerkschaften .....	1
Die DGB-Demonstrationen in vielen Städten .....	6
Nach den hessischen Landtagswahlen .....	7

#### Zur Diskussion über ...

Hessen: Verhalten der Grünen nach den Wahlen .....	9
Kritische Anmerkungen zu obigem Artikel .....	12
Wahlzeit in Bayern .....	13

#### Arbeiterkorrespondenzen

Frankfurt: Welchen Kurs steuert die IG Metall .....	14
Gespräch mit Kollegen von Rockwell — Frankfurt .....	15
Hamburg: Aktive Metaller (HDW) contra Bildzeitung ...	18
Gelsenkirchen: Aufkauf — Hoffnung für Küppersbusch? .....	19

Dieser Ausgabe liegt ein Solidaritäts-Aufruf des Komitees »Freiheit für Alexander Schubarth« bei.

**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**

### Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
F. Lötbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15  
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

schwieriger in der Regierung, die Unterschiede zu dem Koalitionspartner FDP, zu den Abgeordneten der eigenen Partei, die ja schließlich von den Mitgliedern zu Hause manches zu hören bekamen, und den Gewerkschaften unter einen Hut zu bringen mit dem, was die Regierung zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung tun mußte. Aber wenn »Not« ist, so meinte Schmidt, dann werde er sich wieder zur Verfügung stellen. Um das Vaterland zu retten?

Es ist durchaus möglich und wahrscheinlich, daß die Regierung der »Mitte« nur ein Übergang ist, aber ob die SPD in der Opposition politisches Kapital aus der Abnutzung dieser Regierung schlagen können, ist mehr als fraglich, schon deshalb, weil die Gewerkschaftsführung dann kaum besser dastehen wird in ihrem Verhältnis zu den Mitgliedern als heute. So wenig wie die Kohl-Regierung die Verhältnisse wiederherstellen kann, die in den 50er und 60er Jahren herrschten, so wenig könnten Sozialdemokraten die Verhältnisse wiederherstellen, die bei ihrem Regierungsende herrschten.

Wie es wirklich um die SPD bestellt ist, zeigt die Liquidierung des »Vorwärts«, des mehr als hundert Jahre alten politischen Aushängeschildes der deutschen Sozialdemokratie (den weder die Übergabe der Abonneten der »Neuen«, West-Berlin, noch der Eintritt der Liberalen um Verheugen retten kann).

### Die Axt ist schon im Haus

Es ist eine alte kleinbürgerlich-sozialdemokratische Illusion, daß es möglich sei, die besonders in der Krise hervortretende Aggressivität der herrschenden Klasse gegen Arbeiter und Angestellte besänftigen zu können. Sie flehen die Unternehmer an, den »Klassenkampf von oben« doch sein zu lassen, weil das den Klassenkampf von unten fördern würde. Nichts ist ihnen verabscheuungswürdiger als die »Rückkehr« zum Klassenbewußtsein, d. h. das Ende der Klassenharmonie. Aber die herrschende Klasse weiß, was sie tut und warum sie auf Grund der Krise so handelt, wie sie handelt. Das ist ihr Vorsprung vor der Arbeiterklasse, so wie sie jetzt ist: Sie will nicht untergehen. Lohnkürzungen, Sozialabbau, Massenentlassungen dienen dazu, die Konkurrenzfähigkeit und Überlegenheit beim Kampf um den Marktanteil auf dem Weltmarkt herzustellen oder in der Krise wenigstens zu sichern. Wo dies mit ökonomischen Mitteln — dabei eingeschlossen die des Staates — in der Form von Subventionen der verschiedensten Art (z. B. jetzt 700 Millionen an ARBED) nicht mehr reicht, tritt die Gewalt des Staates zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Aktion. Wir erleben es heute in Mittel- und Südamerika, im Nahen Osten und Afrika und in Belgien. Das »demokratische« Amerika und England verbinden sich mit den reaktionärsten Schichten und Klassen, den rücksichtslosesten Gegnern jeder Demokratie, um die eigene Herrschaft durch ökonomische Macht aufrechtzuerhalten.

Auch in der BRD sind die dafür notwendigen Organe mit aktiver Unterstützung der SPD und Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch 1945 wieder aufgebaut worden, als sogenannte Ablösung der Besatzungsherrschaft. Daß sie heute von Leuten wie Zimmermann und Wörner kontrolliert werden, ist nur eine Bestätigung der schon in der Weimarer Republik gemachten Erfahrung mit der sozialdemokratischen Politik als Wegbereiterin.

Zimmermann hat bei einem Besuch im BKA (laut »Welt« vom 24. 11.) über terroristische Gruppen wie die »Revolutionären Zellen« sich wie folgt geäußert: »Mit ihren heimtückischen Anschlägen versuchen sie aus aktuellen politischen Themen Kapital zu schlagen, wie etwa der friedlichen Nutzung der Kernkraft, unserer Mitgliedschaft in der NATO oder dem Ausbau der Startbahn West in Frankfurt.« Und dann: »Die Grenzen zwischen Terrorismus und Extremismus sind fließend geworden.«

Was in der Gedankenwelt Zimmermanns als Extremismus (zum Unterschied vom Terrorismus) anzusehen ist, darüber dürfte es kaum Zweifel geben. Die Vorarbeit (Extremistenerlasse, Notstandsrecht, Datenerfassung etc), die »liberale« und sozialdemokratische Minister in ihrer Regierungszeit geleistet haben, trägt ihre »Früchte«, 1933 und in den Jahren danach benutzten die Gestapo und die Nazijustiz die in der Weimarer Republik von sozialdemokratischen und demokratischen Ministern und Polizeipräsidenten angelegten Akten und »Sündenkarteen« für ihre politischen

Zwecke. So konnte z. B. 1936 aus politischen Gründen verhafteten Gegnern aus unter sozialdemokratischen Polizeipräsidenten angelegten Karteien vorgehalten werden, sie hätten 1928 bei Kundgebungen des deutschnationalen »Stahlhelm« unter freiem Himmel über diesen Gespensteraufzug gelacht und bei ihrer Festnahme ein Fahrtenmesser bei sich gehabt. Genauso werden die Daten, die unter (frei- oder sozial-) »demokratischen« Regierungen im BKA und anderswo gesammelt wurden, von ihren Nachfolgern mit weniger Hemmungen verwendet werden.

Polizei und Justiz werden weiter ausgebaut werden und jene »rechtsstaatliche« Gesetzgebung erweitert werden, die dafür sorgt, daß Streikrecht und Bewegungsfreiheit der Arbeiter eingeschränkt wird. Die den heutigen Zeiten angepaßte Form des Sozialistengesetzes sind z. B. Verordnungen, die Warnstreiks pro Betrieb auf eine halbe Stunde beschränken und dies mit der Auflage, daß sie nicht wiederholt werden dürfen. Oder die mit Hilfe des Paragraphen 99 des Strafgesetzbuches jeden nicht in das erlaubte politische Schema passenden Arbeiter ganz »rechtsstaatlich« reglementieren können.

Der Siegeszug der neuen Technologie, die in der ganzen bisherigen Geschichte der Menschheit noch nie dagewesene Produktivkräfte entfesselt, läutet auch eine noch nicht erlebte Krise des Kapitalismus ein. Die »liberale« Periode geht in der BRD zu Ende, der »soziale Konsens«, wie es die Liberalen nennen, geht zum Teufel, und gegen die aufbegehrenden und aufsässigen Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft wird bereits eine neue Form der Herrschaft vorbereitet.

### Die Gewerkschaften und die neue Regierung

Ohne die gewerkschaftliche Zustimmung zur Regierungspolitik — und diese wurde immer prekärer für die Gewerkschaftsführung — hing die SPD und die Regierung mit ihr in der Luft. Wenn sie die im Unternehmerinteresse notwendigen Maßnahmen den Arbeitern und Angestellten nicht mehr schmackhaft machen konnte, war sie überflüssig geworden. Die neue Regierung der »Mitte« wird vor denselben Problemen stehen wie die alte. Sie können vielleicht versuchen, die Lösung noch eine Weile vor sich herzuschieben oder aber den Abbau verstärkt fortzusetzen und zu verwirklichen, was die alte Regierung nicht mehr konnte. SPD-Minister haben ja nach dem Regierungswechsel geäußert, daß das, was die FDP mit der CDU vereinbart hätte, sie auch von ihnen hätte haben können. Von ihnen als Minister, die ihre Posten halten wollten, gewiß — aber wie wollten sie es den Wählern beibringen?

Die Gewerkschaften stehen auch mit der neuen Regierung in einem partnerschaftlichen Verhältnis — aber mit dem Unterschied, daß diese ein anderes Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur organisierten Arbeiterschaft hat, als es die SPD haben mußte. War es der SPD angesichts der wachsenden Schwierigkeiten unmöglich geworden, die Gewerkschaften länger in den Sozialabbau einzubeziehen, so darf jetzt die schon lange in Wartestellung stehende CDU sich an diese Aufgabe machen und damit ihren Anspruch auf die Staatspründe anmelden.

Die jetzige Regierung braucht die Partnerschaft mit den Gewerkschaften auch noch — und die DGB-Führung hat ja schon vor längerer Zeit ihre Bereitschaft erklärt —, aber ihr Verhältnis ist ein anderes zu den Gewerkschaften. Die SPD war daran interessiert, daß die Gewerkschaftsführungen Einfluß und Kontrolle über die Mitgliedschaft nicht verlieren, um die eigene Wählerbasis nicht zu verlieren. Dadurch war das eingeschränkt, was sie den Gewerkschaften zumuten konnten. Die neue Regierung kann den »christlich-sozialen« Flügel der Einheitsgewerkschaft benutzen, um die Gewerkschaftsführung gefügig zu machen. (Auf die christlich-soziale Richtung als eine der 2 Grundlagen der »Einheitsgewerkschaft« hatte auch Vetter besonders verwiesen).

Wie die Antwort der SPD in der »Opposition« aussehen wird, wie sie den »Widerstand« sieht, erkennt man aus der Äußerung Roths, einer der Jungparlamentarier der SPD und ehemaliger Juso: »Ich glaube, wenn man die Gewerkschaften einbeziehen will in diesen Willenbildungsprozeß zur Begrenzung der Sozialausgaben, dann findet man auch tragfähige Lösungen.«

Die Regierung der »Mitte« wird die Gewerkschaften auf den Prüfstand stellen, inwieweit ihre Worte ernst zu nehmen sind. Das ist der Zweck des Blümschen Vorpreschens. Der 2. Vor-

## Leistungsdaten der deutschen Handelsflotte

Jahr	Anzahl der Besatzungsmitglieder	Tonnage in 1000 BRT	Beför-derte Tonnen (t) in Mio.	Fracht-ein-nahmen in Mio. DM	BRT je Besat-zungsmit-glied	Beför-derte Tonnen je Besat-zungsmit-glied	Fracht-einnahmen je Besat-zungsmit-glied in DM
1970	56361	8441	125,7	4833	14976	2230	85752
1975	38182	8689	95,0	6738	22756	2488	176470
1980	31103	7608	88,0	8125	24461	2829	261228

Quelle: Bundesminister für Verkehr (BMV), Verkehr in Zahlen, 1981 und Seeschiffahrtsbestandsstatistik; Seeverbände, Seeverkehrsberichterstattung, Verwaltungsberichte.

Die Leistungen je Besatzungsmitglied, gemessen an der Tonnage, den Frachteinahmen und den beförderten Tonnen im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, sind beträchtlich gestiegen. Allein von 1970 bis 1980 stieg die Zahl der BRT je Besatzungsmitglied von 149,76 auf 244,61 BRT, was eine Steigerung um 63 Prozent ausmacht. Im gleichen Zeitraum konnten die Reedereien die Frachteinahmen je Besatzungsmitglied von 85752 DM auf 261228 DM verdreifachen, oder anders ausgedrückt, um ca. 200 Prozent erhöhen. Auch die Zahl der beförderten Tonnen pro Besatzungsmitglied liegt 1980 deutlich über der von 1970: von damals 2230 t stieg sie um 27 Prozent auf 2829 t.

### Schiffahrtspolitisches Programm der ÖTV

sitzende des DGB, Fehrenbach (CDU), hat bereits deutlich gesagt, daß sie in Blüm einen Partner sehen, der ihnen als Gewerkschafter Vertrauen entgegenbringt und dem sie vertrauen.

### Auch die »soziale Marktwirtschaft« war Kapitalismus

Der DGB hat in seinem Aufruf zu Demonstrationen gegen den Sozialabbau die Regierung angeklagt, sie verließ *»die Geschäftsgrundlage der sozialen Marktwirtschaft. Mit den Gewerkschaften ist das nicht zu machen.«* — Soziale Marktwirtschaft ist zunächst in erster Linie Marktwirtschaft, d.h. unter kapitalistischen Bedingungen kapitalistische Wirtschaft. Das auch gegenüber anderen kapitalistischen Ländern besondere soziale Merkmal ergab sich aus der Möglichkeit, auf dem Weltmarkt (nach dem Ende des 2. Weltkrieges) einen relativ großen Anteil zu erringen. Der Export der Waren aus der BRD (wie der der anderen kapitalistischen Länder) ist jetzt ins Stocken geraten. Die unvereinbar gewordenen Widersprüche stoßen aufeinander: Unvereinbar mit der Verteidigung der kapitalistischen Marktwirtschaft in der Wirtschaftskrise, wenn es keine Ausdehnung der Produktion gibt, ist die Forderung nach Stärkung der Massenkaufkraft, um *»mehr Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu erzeugen«*.

Steigerung der Massenkaufkraft ist unter kapitalistischen Verhältnissen und in der Krise (d.h. solange die »soziale Marktwirtschaft« existiert) nur möglich, wenn die Arbeiterklasse (und das heißt im besonderen die Gewerkschaften) ohne Rücksicht auf Profitinteressen und Gewinnstreben den Kampf führen. Das ist gleichbedeutend damit, daß die Arbeiterklasse den Kampf um die Bestimmung der Produktion aufnimmt, darum, ob die Produktion sich nach den Profitinteressen der herrschenden Klasse oder den Bedürfnissen der Massen richten soll.

Was die »Gerechtigkeit« bei der Verteilung der Lasten betrifft, meinte der frühere Bundeskanzler Schmidt, daß die Zahl der Hochverdienenden »nur ein paar wenige Hunderttausende« sind, *»daß die schwachen Schultern jeder einen kleinen Beitrag tragen müssen, aber insgesamt bringt das viel Geld. Und die starken Schultern müssen einen großen Beitrag tragen, was insgesamt natürlich nicht so viel Geld bringt.«*

Abgesehen, daß die »starken Schultern« alle Möglichkeiten zur Verfügung haben, ihre »Lasten« nach unten abzuwälzen, ändert diese Forderung etwas an der Tatsache, daß bei Massenentlassungen und Stilllegungen von Betrieben der Profit entscheidet, ändert sie etwas an der Tatsache des Kapitalexports in Billiglohnländer und der Kapitalflucht von Unternehmern, die ihrerseits aussteigen?

Jeder kleine Unternehmer rechnet heute seinen Arbeitern vor, daß, wenn sie nicht mehr leisten (und die Lohnkosten ge-

# Das Gespenst von 1930

Die Angst vor einem Sturz in die Depression wächst

Mit der Sorge, daß aus der Krise eine »Große Krise« entstehen und daß der weltweiten wirtschaftlichen Rezession eine internationale Depression folgen könnte, wie sie schon einmal, zu Beginn der dreißiger Jahre, Deutschland und die Welt ins Unglück gestürzt hat — mit dieser Sorge steht Helmut Schmidt unter den Politikern und Ökonomen der Welt keineswegs allein. Keiner aber hat diese Sorge deutlicher formuliert und womöglich schärfer überspitzt als er.

»In tiefer Sorge«, so Schmidt vor einigen Tagen in einem Gespräch mit der *New York Times*, halte er »dramatische Entwicklungen« für möglich — vielleicht gar schon in diesem Winter, wenn die führenden Industriestaaten die Kontrolle über die Arbeitslosigkeit verlieren und wenn dann noch eine Krise des internationalen Banksystems hinzukomme.

Diese Formulierung mag dramatischer sein als die wirtschaftliche Lage, auf die sie sich bezieht. Verneinbar sind, trotz der Steigerung der Arbeitslosenzahl in den westlichen Industrieländern binnen eines einzigen Jahres um acht auf dreißig Millionen und trotz einer internationalen Verschuldung von mittlerweile fünf Billionen Mark, sowohl eine gänzlich unkontrollierbare Zunahme der Arbeitslosigkeit als auch gar eine Verschärfung der Krise auf den internationalen Finanzmärkten.

Doch die Sorge, daß es schlimmer kommen könnte, breitet sich aus. Auch die sachverständigen »Fünf Weisen«, die am Dienstag in Bonn ihr neues Jahresgutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht haben, sprechen darin von der Gefahr, daß die Weltwirtschaft ... in einen kumulativen Abschwungprozess gerät — gemeint ist damit, daß sich einzelne negative Kräfte gegenseitig verstärken.

Ein solcher Prozess der sich gegenseitig verschärfenden Gefahren, Einbrüche und Zusammenbrüche könnte die Welt, Ost wie West, Industrieländer wie Entwicklungsländer, rasch in eine Katastrophe treiben. Weltweit wäre ein solcher Prozess ganz zwangsläufig, weil Defizite und Schulden alle Länder in einen festen Gefahrenzusammenhang gebracht haben; weil Zusammenbrüche großer Unternehmen oder Banken national kaum mehr abgefedert werden könnten; weil die Konjunktur in fast allen Ländern gleichermaßen unerfreulich verläuft; weil Konsumanstieg und Investitionsstau, typische Kinder der Depression, längst schon keine Grenzen mehr kennen; und weil auch fast weltweit eine harte und mit vielen Opfern verbundene Geldpolitik der Notenbanken betrieben wird.

Aus: Die Welt

ringer werden), der Betrieb nicht mehr konkurrenzfähig sei<sup>1</sup>. Es ist nicht zu übersehen, daß auch die kleinen und mittleren Unternehmen Opfer dieses Konkurrenz-Kampfes werden, und nur die größten und finanzkräftigsten Unternehmen sich behaupten können, indem sie andere vom Markt verdrängen — national wie international.

Gerade die Führung des DGB trat stets für eine Leistungssteigerung und gute Leistungen ein. Der entscheidende Teil der deutschen Industrie kann heute gar nicht auf den Export verzichten und der Binnenmarkt kann den Export nicht ersetzen. Die Konkurrenzlage der deutschen Wirtschaft war die Voraussetzung dafür, daß in der Wachstumsperiode für die Arbeiter einige Brosamen von den Riesengewinnen der Unternehmer abfielen. Die Gewerkschaften haben immer mit besonderem Stolz darauf hingewiesen, daß in der BRD am wenigsten von allen west-europäischen kapitalistischen Ländern gestreikt worden sei. Auch das hat den deutschen Unternehmern einen Vorsprung vor den englischen, französischen und italienischen eingebracht.

Wir erinnern uns noch, daß vor nicht allzulanger Zeit Vetter, damals Vorsitzender des DGB, in der »Welt« verkündete: *»Wir müssen sehen, wo sind wir in die Weltkonkurrenz eingebunden, was müssen wir haben, um zu überstehen, gute, saubere, termingerechte Arbeit. Und dann müssen wir auch noch preismäßig richtig liegen, damit wir auf der anderen Seite die Sachen zurückkriegen, die wir brauchen. Wir müssen auch über die Hilfe an die dritte Welt sprechen und auch hier — das habe ich den Arbeitgebern gesagt — den Grundkonsens beweisen.«*

Die deutschen Unternehmer machen sich nicht erst seit jetzt diese »Grundsätze« Veters zu eigen. Nur wird es jetzt offenbar, daß die Arbeiter sich mit diesen »Empfehlungen« ihres einstigen DGB-Vorsitzenden das eigene Grab schaufeln.

Noch ist in den Gewerkschaften und den Arbeiterorganisationen jene Ideologie der Aufstiegsperiode nach dem

<sup>1</sup> Die von den Unternehmensvertretern geforderte »Leistungssteigerung« dient dazu, unter den Arbeitern und Angestellten diejenigen herauszufinden (»Testen«), die für die entwickelte Produktion am geeignetsten sind, und diejenigen durch das »Sieb« fallen zu lassen, die Unternehmensansprüchen nicht »gerecht« werden. Das wird den Prozeß der Senkung des Lebensstandards für diejenigen beschleunigen, die meinen, daß der Kelch der Arbeitslosigkeit an ihnen vorübergehen werde. Sie werden das in den wachsenden Beiträgen zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung spüren. Kurzarbeit und Massenentlassungen greifen jetzt auch auf jene Industriebetriebe über, die bislang als die Stützen der Konjunktur galten: Automobilindustrie, Luftfahrtindustrie und deren Zulieferer.

2. Weltkrieg im Umlauf, die von der Klassenscheidung in der Gesellschaft nichts mehr wissen wollte, weil sie von dem vorhandenen »Wohlstand« verdeckt wurde. Aber die rücksichtslose Wirklichkeit des kapitalistischen Niedergangs wird die Vorstellungen der Retter des Kapitalismus bald vergessen machen. Auch dann, wenn sie sich links gebärden oder gebärdeten, um Karriere zu machen und mehr zur Verwirrung der Arbeiter beizutragen als die »Rechten«. Der frühere linke Juso-Mann Roth meint: *»Wir haben Steuerinseln irrster Art. Wenn man nur an das viele Geld für die sogenannten ‚Bauherrenmodelle‘ denkt, die wirklich eine Kapitalfehllenkung darstellen; wenn man sie abschaffen würde, könnte man das Geld für eine an vernünftigen Investitionsfeldern orientierte Investitionsförderung — etwa schnellere Einführung der Mikroelektronik in den Sektoren, wo man nur wettbewerbsfähig bleibt, wenn man sie anwendet — siehe Maschinenbauindustrie — ausgeben, ohne daß die Regelsätze bei der Sozialhilfe geplündert werden oder daß man vom Bedarfsdeckungsprinzip abgeht.«* Das möge er doch mal versuchen, vor den Beschäftigten, die mit der neuen Technologie zu tun haben oder denen, die durch sie aus dem Produktionsprozeß abgestoßen wurden, zu vertreten.

## Mitgefangen — Mitgehangen

Wir erleben jetzt als Auftakt zu den Wahlkämpfen viele verbale Kraftakte vor allem vor den Arbeitern und Angestellten, die nur dazu dienen, Stimmen zu gewinnen (Jede Stimme bringt 3.50 DM).

Unter großem Beifall der Delegierten der IG-BSE hat Schmidt als eine entscheidende Ursache der Krise — besonders auf dem Baumarkt — die hohen Zinsen der Bundesbank ausgemacht. Das ist eine neue Nuance des alten Rezeptes, »Arzt am Krankenbett« des Kapitalismus sein zu wollen. Er hat selbst zu Regierungszeiten diese Medizin schon ergebnislos angewandt. Er hat nämlich die Erträge der Bundesbank aus den hohen Zinsen benutzt, um dem Haushalt 12 Milliarden zur Deckung der Finanzlücke zuzuführen. Eine Zinssenkung kommt in allererster Linie denen zugute, die heute noch Kredit aufnehmen können. Auf dem Wohnungsbauarkt werden heute Eigentumswohnungen in großer Zahl angeboten, weil deren Inhaber die laufenden Kosten nicht mehr aufbringen können. Die wirtschaftliche Lage hat dafür gesorgt, daß die Aufstiegsmöglichkeiten vom Arbeiter zum »Arbeiterbürger«, die in den Eigentumswohnungen ihren sichtbaren Ausdruck fanden, zu Ende gehen. Weniger Überstunden, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, realer Lohnabbau sorgen dafür. Die Arbeiter, die vielleicht noch hoffen, daß der Kelch an ihnen vorübergehen möge, werden auch bald merken, daß sie für die wachsenden Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung blechen müssen. So kommen eine Senkung der Zinsen und günstigere Kreditmöglichkeiten heute in erster Linie den Kapitalkräften zugute und geben der Überproduktion neuen Auftrieb. Die Wirkung kann keine andere sein als die der Milliardensubventionen der Regierung an die Unternehmer, mit der Aufforderung zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Schmidt hat den Delegierten den Rat gegeben, sich in der Umgebung von Frankfurt und im Ausland umzusehen, wer dort in Villen wohnt. Umsehen, zu welchem Zweck? Eine Organisation wie der DGB, der durch Grundstücksspekulationen an der Spitze der »Neuen Heimat« bei den Mitgliedern so gründlich diskreditiert ist, kann kaum gegen eine ganz normale Erscheinungsform der kapitalistischen Gesellschaft den Kampf aufnehmen, wenn sie selbst bis über den Hals in dem Sumpf verstrickt ist. Der Gewerkschaftsvorsitzende A. Schmidt, ein politischer Freund des ehemaligen Bundeskanzlers, meinte denn auch: *»Wir bekommen heute für unser sehr frühes Drängen nach Korrekturen in der Unternehmenspolitik weder Rabatt noch eine Prämie. Wir sind mitgefangen und werden mitgehangen.«*

Wenn aber dennoch eine solche Auffassung vom ehemaligen Bundeskanzler vertreten wird, dann bleibt sie nur scheinradikale Ablenkung von den Klassengegensätzen, wenn das »Umsehen« beschränkt bleibt auf die Villenbesitzer in der Umgebung des Taunus. Die wirkliche Ursache der Mißstände sind nicht die Villen und nicht die Luxusartikelindustrie (die bringen nämlich wenigstens noch Arbeitsplätze im Kapitalis-

mus), sondern die beherrschende Bedeutung und Rolle des Unternehmer- und Finanzkapitals in der Gesellschaft.

Das radikale Getue und die antikapitalistischen Phrasen wirken verwirrend auf die Arbeiter. Sie sollen die eigene Ohnmacht und Tatenlosigkeit gegenüber der herrschenden Klasse verdecken. Floskeln wie »Solidarität« und »Solidargemeinschaft« dienen Leuten wie Blüm dazu, die Arbeiter zur Kasse zu bitten. »Gesamtgesellschaftliches Bewußtsein« zerlegt den christlich-sozialen Gewerkschaftsführern ebenso auf der Zunge wie das »Gemeinwohl« der SPD und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern. Dazu bringen sie noch solche Banalitäten unter das Volk: *»Es ist in jeder Sozialperiode so, daß man nur verteilen kann, was man produziert hat.«* — Preisfrage: Ist das von einem christlich-sozialen oder sozialdemokratischen Politiker gesagt? Die Frage, die sie nicht beantworten können, ist die: Wer hindert uns, das zu verteilen, was wir produziert haben und produzieren können?

## Was ist zu tun?

Die veränderten Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten zersetzen die bisherigen Träume vom bescheidenen Wohlstand, Aufstiegschancen, Eigenheim, Auto und Ruhe am häuslichen Herd. Da sich die alten Verhältnisse auflösen, tritt Angst vor der Zukunft an die Stelle und die Suche nach Sicherheit, nach denen, die helfen können. Solange es noch geht, nimmt man Einschränkungen hin, bis man feststellt, daß auch das keine Lösung bringt. Die Angst um den Arbeitsplatz stärkt zunächst die Bereitschaft zu kleineren und größeren Zugeständnissen gegenüber den Unternehmerforderungen, oft auf Kosten der anderen Kollegen. Hoffnungen, daß Parteien, insbesondere die SPD, helfen könnten, sind für viele der letzte Strohalm.

Vor allem aber setzt man auf die Gewerkschaften. Es sind die natürlichen Werkzeuge der Arbeiter und Angestellten zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen, wenn ... sie dazu fähig wären. Dieses Kartenhaus der Hoffnungen wackelt bereits. Die Gewerkschaftsspitzen können, solange sie an dieser Gesellschaftsordnung festhalten, keine Orientierung geben. Das führt zu Hilflosigkeit, Verwirrung in den Köpfen, solange wie nicht diejenigen im Betrieb, in den Einzelgewerkschaften und in den Orten die Initiative ergreifen, die die gefährliche Entwicklung erkennen und bereit sind, in den Gewerkschaften eine Kraft zu schaffen gegen deren Verfall. Das sind wenige genug zur Zeit! Das gewerkschaftliche Leben ist auf ein sehr geringes Maß verkümmert und besteht meist nur noch in Formalen und Abstimmungen.

Kleine Schritte in der Abwehr der Unternehmerangriffe sind jetzt tausendmal wichtiger als viele Entschließungen und radikale Phrasen, die nur Luft bleiben. Forderungen der Gewerkschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit werden nur in dem Maße dem Profitstreben der Unternehmer entgegenwirken, wie die Voraussetzungen geschaffen werden können, Überstunden und Leistungssteigerungen einzuschränken und ganz zu verhindern, solange Arbeitslosigkeit und Betriebsstilllegungen sich ausbreiten. Arbeitszeitverkürzung ist erst dann ein Fortschritt, wenn sie **unter der Kontrolle** der Kollegenschaft vorgenommen wird und nicht auf deren Kosten. Arbeitszeitverkürzung unter Kontrolle der Unternehmer heißt nämlich ähnlich wie Kurzarbeit: mehr Leistung in weniger Arbeitszeit herauszupressen.

Wir müssen deswegen alles tun, Initiativen und praktische Schritte gegen Abbau und Arbeitsplatzvernichtung zu unterstützen. Dazu gehört, daß Betriebsräte und Vertrauensleute sich verständigen, die bereit sind, auch ohne Anweisung von oben initiativ zu werden und die Gewerkschaftsorganisation auf Trab zu bringen. Sie sind das Bindeglied zur Masse der Kollegen, die noch abseits stehen, und sie sind es, die durch ihre Aktivität in den Gewerkschaften die Organisation dazu bringen können, die entstehende Bewegung und Aktivitäten zu decken. Wir müssen als Gewerkschafter auf diejenigen zugehen, die sich auf **ihren** Gebieten beginnen zur Wehr zu setzen: Arbeitsloseninitiativen, Elternräte, Friedensgruppen. Das ist ein Anfang, mehr noch nicht. Damit wird aber der Grund gelegt für den Aufschwung der Arbeiterbewegung, die aus der Abwehr neu entsteht und allein den Abstieg aufhalten kann.



## DGB-Demonstrationen in vielen Städten

# »Arbeit schaffen – Sozialabbau verhindern!«

Diesem Artikel liegen Korrespondenzen von Genossen aus Stuttgart, Bremen, Nürnberg, Dortmund, Hannover und Hamburg zugrunde.

Im November 1981 demonstrierten in Stuttgart 70.000 Kollegen »gegen Arbeitslosigkeit und soziale Demontage, für das Recht auf Arbeit und soziale Zukunft.« Der IGM Bezirksleiter Steinkühler war damals von seinen SPD-Parteifreunden scharf angegriffen worden, weil er die Schmidt-Bundesregierung aufgefordert hatte, wieder Arbeitnehmerpolitik zu machen (vgl. Arpo 7/81). Nun stellten sich in diesem Jahr einige letztjährige Kritiker, gut sichtbar, in die ersten Reihen der Marschkolonnen.<sup>1</sup>

Sie ließen sich auch nicht davon abschrecken, daß der Aufruf des DGB-Landesbezirkes Stuttgart ihnen ihre »Operation 82« und die Sozialdemontagepläne für 1983 unter die Nase rieb, auch nicht vom IGM Vorstandsmitglied Benz, der in Hamburg beiläufig erwähnte, daß sich die Demonstration eigentlich gegen die unausgewogenen Sparpläne der gestürzten SPD/FDP-Regierung richten sollten.

Diesmal waren es weit mehr Kollegen (Stuttgart 150.000, Hamburg 90.000, Nürnberg 70.000, Frankfurt 70.000, Dortmund 110.000, Bremen 30.000), die unter fast den gleichen Losungen demonstrierten.

Solche Zahlen waren noch vor 2–3 Jahren undenkbar. Doch wird heute selbst das »Musterländle« (Baden-Württemberg) von der Krise geschüttelt. Die Kollegen kamen nicht nur wegen der Sparpläne der neuen Bundesregierung, sondern weil sie die durch Betriebsschließungen, Massenentlassungen und Kurzarbeit überall in den Betrieben herrschende Angst und damit verbundene verstärkte Arbeitshetze zu spüren bekommen. Das wurde auch in den Gesprächen mit den Kollegen und auf den von ihnen oft selbst gefertigten Transparenten deutlich.

In den Betrieben wurde diesmal mehr als bei früheren Gelegenheiten mobilisiert. Es wurden massenhaft Flugblätter gedruckt und in den Städten Stellschilder aufgestellt. In

einem Hamburger Metallbetrieb forderte ein Gewerkschaftssekretär die Kollegen auf, auch ihre Familien mitzubringen, damit die »Linken« nicht in der Mehrheit sind. In der Tat war die hohe Beteiligung nicht durch die Teilnahme der »Jugend« bzw. AKW-Gegner, Ökologen und Friedensbewegung erreicht worden. Es waren vielmehr die Kollegen aus den Betrieben, auch Ältere, die das Bild beherrschten.

Die Demonstranten waren weniger von kämpferischen Tönen, mit Ausnahme von einigen Initiativen, die mit ihren Sketchen, Aktionen und Einfällen ein wenig Stimmung machten, als mehr von nachdenklichen Gesichtern bestimmt. Dies muß angemerkt werden, auch wenn die bürgerliche Presse es schon anders sieht. Die »FAZ« stellt dazu in ihrem Leitartikel vom 25. 10. 1982 fest: »Besonnene Arbeiterführer, darunter auch der neue Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, wissen, daß eine aufgewiegelte Menge eine schwierigere Gefolgschaft ist als nachdenkliche Arbeitnehmer«. Dahinter verbirgt sich die Furcht der herrschenden Klasse, daß es den Gewerkschaftsführungen einmal nicht mehr gelingen könnte, die Geister, die man rief, wieder loszuwerden, nämlich die Massen unter Kontrolle zu halten.

Auf den Kundgebungen wurden wieder kämpferische Töne geschwungen: »Die Herren haben Deutschland in zwei Kriege



<sup>1</sup> In Hamburg unterbrachen die 300 Teilnehmer des SPD-Parteitages ihre Sitzung und nahmen fast geschlossen an der Demonstration teil.

<sup>2</sup> Steinkühler am 30. 10. 82 in Stuttgart

geführt. Die Arbeitnehmer haben es zweimal aufgebaut. Sie lassen sich nicht vom Bürgerblock in Bonn als Fußabtreter der Gesellschaft behandeln.<sup>2</sup> Es wurde von den Rednern kritisiert der »Abmarsch in den Unternehmerstaat« (soziale Enteignung, Faustrecht, die Reise in die frühkapitalistische Vergangenheit). Alle diese radikalen Reden wandten sich jedoch mit folgenden Zusätzen an die Regierung und Unternehmer: »Die Verantwortlichen für die Wirtschaft müssen daran erinnert werden«, »die Regierung ist aufgerufen«. Diese Apelle zeugen denn auch von der Hilfslosigkeit des DGB, wie er angesichts der Krise den »Sozialstaat« im Kapitalismus retten kann.

Ohne Strategie nützen auch so kernige Sätze von Steinkühler nichts: »Wer schwankend wird beim Angriff der

Unternehmer, wird schwer wieder Halt finden. Kämpft mit uns für eine Zukunft, in der die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen ein Ende hat.«

Jede Betriebsschließung zeigt jedoch, daß wir davon noch weit entfernt sind.

Trotzdem ist die große Zahl der beteiligten Kollegen positiv zu sehen. Es ist auch ein Zeichen, daß bei ihnen die Bereitschaft wächst, in ihrem Sinne »Opfer« zu bringen, jetzt, da die Situation sie zu ganz anderen Opfern zwingt. Viele wollten durch ihre Teilnahme ein Zeichen setzen, wenngleich sie auch verunsichert sind und nicht wissen, wie es weitergehen soll. Positiv wäre dabei schon, wenn sie erkennen würden, daß es bei der Abwehr gegen die Angriffe der Unternehmer nicht mit dem nach Hause gehen von den Demonstrationen getan ist.

# Nach den hessischen Landtagswahlen

## Die Ergebnisse

Der Überraschungssieger der Hessenwahlen am 26. September war die SPD, weil die von ihr erwarteten und vorausgesagten Verluste an Wählerstimmen nicht eintraten. Verlierer waren CDU und FDP; die erste Partei, weil sie die angestrebte absolute Mehrheit nicht erreichte, die FDP, weil sie mit nur 3,1 Prozent der Stimmen nach Hamburg und Nordrhein-Westfalen nunmehr auch in Hessen im Landesparlament nicht mehr vertreten ist.

Mit 86,3 Prozent lag die Wahlbeteiligung nur geringfügig unter der von 1978 (87,7). In absoluten Zahlen gemessen gingen sogar fast 50.000 Wähler mehr zur Wahl als vor vier Jahren. Die CDU erhielt 45,6 Prozent (1978: 46,0), die SPD 42,8 (1978: 44,3), die DKP 0,4 (1978: 0,4) der Stimmen. Die Grünen, die bei der vorherigen Landtagswahl nicht kandidiert hatten, errangen auf Anhieb 8 Prozent, das sind 278.186 Stimmen.

In Kassel Stadt und Land sowie in den nordhessischen Landkreisen (mit Ausnahme von Waldeck-Frankenberg) erhielt die SPD über — oder nur knapp unter — 50 Prozent der abgegebenen Stimmen. Holger Börner verteidigte sein Direktmandat in Kassel Stadt mit 55,8 Prozent (1978: 57,5). In Frankfurt konnte die SPD nur noch eines von neun Direktmandaten erringen. Allerdings setzte sich die SPD auch in den Zentren des Konflikts um die Startbahn 18 West, in beiden Groß-Gerauer Wahlkreisen sowie in Darmstadt-Nord und in Darmstadt-Dieburg-West und Wixhausen (= Altkreis Darmstadt) mit Direktmandaten noch gegen die CDU durch. Hier lagen auch zugleich Wählerschwerpunkte der Grünen. Von 55 Direktmandaten entfielen auf die CDU 32 und auf die SPD 23.

Nördlich von Gießen (mit Ausnahme von Gießen Stadt) erhielten die Grünen nur in zwei Fällen über zehn Prozent der Stimmen: Einmal in Kassel Stadt I und dann im Wahlkreis 10 Schwalm-Eder/Waldeck-Frankenberg, wo auch Wangershausen liegt, jene Gemeinde, die als Standort für die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) vorgesehen war und in der die Grünen fast 68 Prozent der 140 abgegebenen Stimmen erhielten.<sup>1</sup> Südlich des Taunus, vor allem im Rhein-Main-Ballungsgebiet erzielten die Grünen in 14 Fällen Wahlergebnisse von zehn Prozent oder darüber, das höchste im Wahlkreis 47 Groß-Gerau-Ost (darin liegt auch die »Startbahngemeinde« Mörfelden-Walldorf) mit 18,2 Prozent Wählerstimmen.

Die DKP erhielt nur in einem Wahlkreis (Marburg-Biedenkopf-Ost, darin die Universitätsstadt Marburg mit hohem DKP-Anteil) über ein Prozent Stimmen, verschlechterte sich jedoch auch dort gegenüber 1978, wo sie 1,6 Prozent erhalten hatte, um 0,4 auf 1,2 Prozent. In Groß-Gerau-Ost, wo sie beim Widerstand gegen den Startbahnbau eine wichtige Rolle gespielt hatte, verbesserte sie ihr Wahlergebnis gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl um 0,1 auf 0,8 Prozent.

<sup>1</sup> Vor 4 Jahren hatten die Grünen dort eine Stimme erhalten, jetzt bekam die FDP noch eine Stimme. Die DWK hat ihren Antrag zum Bau der WAA in Frankfurt-Wangershausen inzwischen hintenangestellt.

<sup>2</sup> Es wurde ursprünglich eine geringere Wahlbeteiligung angenommen, die vorwiegend zu Lasten der SPD gegangen wäre.

Einzelne Repräsentanten der DKP äußerten sich zufrieden darüber, daß es ihnen gelungen sei, ihr Wahlergebnis »zu halten«. Dies ist jedoch eine ungenaue Sicht der Dinge. Tatsächlich hat die DKP absolut fast 2.000 Wähler verloren (1978 erhielt sie 14.531, 1982 nurmehr 12.619 Stimmen).

## Die Ursachen

Erwartet worden war von allen, oder nahezu allen, Parteien eine absolute Mehrheit für die CDU.<sup>2</sup> Nach den Vorstellungen der FDP sollte dies dann Auslöser für den Bruch mit der sozial-liberalen Koalition in Bonn sein. Um diesen vorzubereiten hatte eine (knappe) Mehrheit der Delegierten auf dem Darmstädter Parteitag der hessischen FDP bereits vor dem Beginn des Landtagswahlkampfes eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU beschlossen.

Der SPD kam zugute, daß sie aus taktischen Gründen die Koalition in Bonn noch vor den hessischen Wahlen platzen ließ, die nach den Wahlen ohnedies nicht mehr zu retten gewesen wäre. Es kam in Hessen noch einmal zu einer Mobilisierung der SPD-Wähler in einem Umfang, mit dem die SPD »vor Bonn« selbst am allerwenigsten gerechnet hatte. So erhielten Wahlämter Anrufe von Briefwählern, die ihre Stimmzettel bereits »vor Bonn« abgesandt hatten, die fragten, ob sie ihre ursprüngliche Stimmabgabe noch (zugunsten der SPD) korrigieren könnten.

Es ist zwar richtig, wenn gesagt wird, daß die hessische SPD viele Stimmen diesmal trotz Börner und seiner »Betonpolitik« erhalten hat; für viele SPD-Wähler ging es dann nicht mehr um Börner. Es müßte aber zu falschen Schlußfolgerungen führen, übersähe man gleichzeitig, daß Börner für einen erheblichen Teil der Arbeiterwähler als der namhafte Vertreter von Arbeitnehmerinteressen in der SPD gilt.

Dem tat auch der Inhalt des Wahlkampfes keinen Abbruch, wo in der letzten Phase die »Untreue« der FDP zum alles beherrschenden Thema wurde. Es war ein Wahlkampf der Volksparteien: Nicht die Verteilung der Krisenlasten zwischen Unternehmerklasse und Arbeiterschaft war das Thema, sondern wie und vor allem von welcher Koalition diese Belastung auf die verschiedenen Arbeiter- und Angestellten-schichten verteilt werden könnten und sollten. Diese Frage wurde versteckt unter der Klage über die hohe Staatsverschuldung und unter der Aufforderung an die Werktätigen, Opfer zu bringen. In diesem Zusammenhang bestand der Vorwurf der SPD an die FDP darin, sie hätte die Koalition gebrochen, obwohl sie ihre Einsparungsabsichten im sozialpolitischen Bereich im großen und ganzen auch mit der SPD durchsetzen konnte.

In der Tat war das sogenannte Lambsdorff-Papier eine Provokation, sowohl von seinem Inhalt als auch von der Absicht her. Es mußte der FDP-Spitze klar sein, daß bestimmte Forderungen wie: Einführung von Karenztagen, drastische Senkung des Arbeitslosengeldes, zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch mit der CDU/CSU nicht durchgesetzt werden könnten. Wenn diese Forderungen dennoch in des Grafen Lambsdorff Überlegen auftauchten, so deshalb, um die SPD zur klaren Ablehnung und damit zum Bruch zu zwingen bzw.

ihren Gewerkschaftsflügel dazu anzustacheln. So waren auch viele Wähler erbost darüber, daß die FDP die Koalition mit der SPD gesprengt hatte, um dann anschließend der CDU zu geben, was sie der SPD vorher verweigert hatte.

Die Forderung, Opfer zu bringen, wird nicht erst seit den hessischen Landtagswahlen an die Arbeiter und Angestellten herangetragen. Die Unternehmer in erster und alle regierenden Parteien in zweiter Linie haben in den letzten Jahren der Arbeiterschaft erhebliche Opfer abverlangt. Dies kommt zum Ausdruck in den Tarifkämpfen, in den Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Aber diese Opfer sind von den Werktätigen hingenommen worden, und die Führungen der Gewerkschaften haben in den Tarifkommissionen, parlamentarischen Ausschüssen und Organen der Sozialversicherung an dem entsprechenden sozialen Abbau teilgenommen und die getroffenen Maßnahmen gegenüber den Mitgliedern verteidigt. Die »gerechte« Verteilung dieser Art von Opfern war das Kernstück der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt.

Die Provokation der FDP mit ihrem Lambsdorff-Papier markiert die Wende, wo die »freiwilligen« Opfer nicht mehr ausreichen und wo erzwungene größere Opfer heran müssen, um dem westdeutschen Kapital die erforderlichen Profite zu sichern. Dies ist der wirkliche Inhalt der von der FDP beschworenen »Wende«, nicht ihr Umfallen von der SPD zur CDU.

Der Begriff »freiwillige Opfer« soll betonen, daß der bisherige Sozialabbau, der ja vor allem die sogenannten Randgruppen (Arbeitslose, Kranke, Rentner) traf, von einer großen Mehrheit der Werktätigen hingenommen wurde. Die Führungen der Gewerkschaften haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran mitgewirkt.

Mit der Ablehnung der Ergänzungsabgabe durch die FDP und der »Diskussion« der Karentage und der Reduzierung des Arbeitslosengeldes durch Bundesminister Lambsdorff war für den DGB eine Grenze erreicht, wo der Kern der eigenen Mitgliedschaft stark getroffen worden wäre. Gegenwärtig ist der DGB noch nicht bereit, solche einschneidenden Veränderungen mitzutragen.

Genausowenig war die SPD-Bundestagsfraktion in ihrer Gesamtheit schon bereit, ihre Stammwählerschaft unter den Arbeitern derart vor den Kopf zu stoßen. Zwar sind SPD und CDU/CSU gleichermaßen bürgerliche Volksparteien. Aber sie sind aus unterschiedlichen Richtungen dazu geworden. Deshalb sind in der CDU/CSU selbst die Widersprüche geringer, die auftreten, wenn es darum geht, den Sozialabbau gegen die Arbeiter und geringer verdienenden Angestellten voranzutreiben. Jedoch ist die gegenwärtige Koalition heute noch nicht vergleichbar mit der Thatcher-Regierung in England oder dem Reagan-Kurs in den USA; die Schärfe des Angriffs gegen Besitzstand und Rechte der Arbeiter und Angestellten hat das dortige Ausmaß noch nicht erreicht.

Die faktische Abwahl der FDP in Hessen und die Stimmenmehrheit für die Parteien »links von der CDU« (Willy Brandt) machen deutlich, daß die Mehrheit der Werktätigen diese Wende hin zu noch größeren Einschränkungen nicht will.

Der CDU-Spitzenkandidat Dregger betonte gleich am Wahlabend, daß das für ihn unbefriedigende Wahlergebnis an den tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Problemen in Hessen nichts ändere, weder was die Arbeitslosenzahl angehe noch soweit es die Staatsverschuldung beträfe. Dies ist sicherlich richtig. Alsdann beklagte er die durch das Abstimmungsergebnis hervorgerufene »Unregierbarkeit« Hessens. Diese Äußerung zielt auf tiefsetzende Ängste breiter kleinstädtischer Schichten ab, aber auch auf die breiten Arbeiterschichten. Die Angst vor dem Chaos, vor der »Unregierbarkeit« findet immer neue Nahrung im Erlebnis von Betriebsstillegungen, dem Zusammenbruch von Firmenimperien wie der AEG, wachsender Kurzarbeit und der allenthalben nachlesbaren Drohung des Abbaus von noch viel mehr Arbeitsplätzen; sie bewirkt eine Existenzunsicherheit, die die CDU gern zu ihrem Vorteil ausschlichten möchte. Tatsächlich kann in der Krise keine Partei dieses »Chaos« ordnen, da es eine ursächliche Folge der kapitalistischen Produktionsordnung ist, aber um in dieser Sorte von Chaos regieren zu können, muß Dregger den Eindruck erwecken, eine andere Regierung könnte den Gang der Wirtschaftskrise stoppen. In die gleiche Richtung zielen auch Propaganda und Politik der SPD, und auch die Rezepte zur Krisenbewältigung beider Parteien ähneln sich. Und so kommt der Wähler, der sich mutig

entscheidet, endlich einmal »die Anderen« zu wählen, stets vom Regen in die Traufe. Neben diesen Versuchen, die Grünen für die negativen Seiten der augenblicklichen Regierungsbedingungen mitverantwortlich zu machen, lassen die Vertreter der etablierten Parteien auch Angst vor den gesellschaftskritischen Elementen erkennen, die versuchen könnten, auf deren Politik Einfluß zu gewinnen. Nicht die Grünen-Parlamentarier, sondern die ihrem Wahlerfolg zugrundeliegenden Strömungen sind in erster Linie Gegenstand des Mißtrauens der Parteispitzen.

## Die Schlußfolgerung

Hessen ist nicht Hamburg — insofern nämlich, als die hessische Landesregierung nach Ablauf der Legislaturperiode bis zur Neuwahl einer Regierung nur geschäftsführend tätig werden kann. Was dies im einzelnen heißt, darüber zerbrechen sich die Verfassungsrechtler derzeit den Kopf und äußern sehr unterschiedliche Auffassungen darüber. Die CDU hofft, unter der Führung von Walter Wallmann (Frankfurter OB) bei Neuwahlen den Durchbruch zur absoluten Mehrheit zu erringen. Dregger hat deshalb noch in der Wahlnacht der SPD die Unterstützung seiner Partei angeboten, falls sich die SPD mit der CDU auf einen Termin für Neuwahlen im Herbst 1983 einigen würde. Wahrscheinlich liegt auch einigen führenden SPD-Politikern diese Lösung näher als eine zweite, die sich zunächst anbietet: Nämlich Verhandlungen mit den Grünen zu führen. Nur wagt es im Moment kein SPD-Politiker, dies laut zu sagen<sup>3</sup>, weil namentlich unter den SPD-Wählern vorgezogene Neuwahlen unpopulär sind. Überwiegend ist die Stimmung: Der Wähler hat gesprochen, und jetzt sollen Die-da-Oben sich einigen!

Am 2./3. Oktober tagten Vorstand und Beirat der südhessischen SPD. Landesvorstand und Landtagsfraktion sollen nach deren Vorstellungen den folgenden vier Punkten zustimmen:

- die SPD in Hessen ist gegen Neuwahlen ...
- die SPD soll einen »sachlichen politischen Dialog« mit den Grünen führen. Mit Blick auf Hamburg ist man der Meinung, daß die Chance für solche Gespräche um so mehr steigt, je weniger formell sie geführt werden können. Der Fraktionsvorstand im Wiesbadener Landtag sollte »mit denen reden«;
- die 49 Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion sind zu Gesprächen mit den Vertretern aller Parteien im Landtag bereit;
- die SPD wird sich jeder Form einer großen Koalition widersetzen. (»FR«, 6. 10. 1982)

Jede andere Haltung hätte die SPD auch und gerade in gewerkschaftlichen Kreisen dem Vorwurf ausgesetzt, leichtfertig der CDU zuzuspielen. Dem wird auch Börner sich beugen müssen — die Frage ist, wie er es tut!

Am Abend der Landtagswahl erklärte Börner im Fernsehen, daß die Grünen zu allererst ihr »Verhältnis zur Gewalt« zu klären hätten, bevor er mit ihnen reden würde. Die »Grünen« sind in Hessen wie in den anderen Ländern eine heterogene Sammlung von Protest-Wählern, die in verschiedenen Bevölkerungsschichten und Klassen beheimatet sind. Die Frage nach dem Verhältnis zur Gewalt, die Börner stellt, zielt auf die Gewinnung jener Teile, die die bestehende Ordnung grundsätzlich bejahen, und auf jene, die ihre Gegner sind. Da beide Strömungen Bestandteile des Wählerpotentials der Grünen sind, können die Grünen der Forderung Börners nicht folgen, sich von einem nicht unerheblichen Teil ihrer Wählerschaft zu distanzieren. Denn das würde z.B. heißen, die Grünen müßten sich von den Befürwortern des »aktiven, gewaltlosen Widerstands gegen die Startbahn 18 West« distanzieren, und das waren im Vorjahr anläßlich der Wiesbadener Demonstration fast eine Viertelmillionen Menschen, ein Großteil davon aus Hessen und »Grüne«-Wähler. Die Taktik Börners jedenfalls ist klar: Er versucht, vorhandene und vermeintliche Widersprüche bei den Grünen und im Wählerpotential der Grünen (was zwei verschiedene Paar Schuh sind!) aufzugreifen und zu vertiefen. Dabei setzt er vor allem auf jene Wähler der Grünen, die aus den Reihen der Angestellten und Arbeiter kommen und die in früheren Jahren potentielle SPD-Wähler waren. Diese

<sup>3</sup> Dies hat sich nach der Anti-Startbahn-Demonstration vom 3. 11. 82 geändert. Die SPD hat — ihrem Sprecher Winterstein zufolge — nicht die Absicht, mit den Grünen, die angeblich Gewalttäter unterstützen — was diese ihrerseits dementieren —, zu verhandeln.

Kolleginnen und Kollegen haben den Grünen ihre Stimmen nicht gegeben, damit schließlich die CDU als lachender Dritter aus den Auseinandersetzungen hervorgeht. Wenn es der SPD gelänge, die Grünen als die Schuldigen am Scheitern einer Regierung »links von der CDU« hinzustellen, so wäre dies ein wichtiger Beitrag zur Isolierung der Grünen von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten.

Auf der anderen Seite würde — gelänge diese Taktik Börners und seiner Genossen — die sozialdemokratische Führung in den Gewerkschaften die linken Gewerkschafter mit verantwortlich zu machen suchen. Viele Gewerkschaftsmitglieder, die am Kampf gegen die Startbahn West oder gegen die WAA Anteil nahmen oder sich aktiv daran beteiligten, haben gegenüber ihren Kollegen vertreten, diesmal ihre Stimme aus Protest den Grünen zu geben. Das hängt vor allem damit zusammen, daß es in Hessen keine andere Partei gab, mit deren Wahl man mit Aussicht auf Erfolg seinen Protest gegen diese Projekte und die Politik, mit der sie durchgesetzt worden sind bzw. durchgesetzt werden sollen, Ausdruck verleihen konnte. Demgegenüber sind die Gegensätze, die zu den Grünen bestanden und bestehen, bewußt in den Hintergrund gestellt worden. Es muß mit Nachdruck festgestellt werden, daß dies auch von vielen Kollegen verstanden worden ist, die ihrerseits die SPD wieder gewählt haben.

Es liegt im Interesse sowohl der Gewerkschafter, die SPD gewählt haben, als auch im Sinne derer, die Grüne gewählt haben, daß keine Regierung SPD/CDU zustande kommt. In beiden Parteien, Grüne und SPD, sind starke Strömungen vorhanden, die im Ergebnis das Zustandekommen einer CDU-Regierung fördern; bei den Grünen sind es die Vertreter der »Fundamentalopposition«, bei der SPD der Flügel um Börner. Beide Flügel müssen in ihrer Bedeutung dadurch geschwächt werden, daß durch SPD- und Grüne-Wähler aus dem gewerkschaftlichen außerparlamentarischen Spektrum die Arbeiterinteressen deutlich gemacht und vertreten werden (als Klasseninteressen).

Warum erheben wir diese Forderung? Gewiß nicht, weil wir glaubten, eine derartige Koalition würde den Kampf gegen die Unternehmer aufnehmen oder gar den Sozialabbau wirksam stoppen können. Das liegt in der Macht keiner Regierung, solange nicht die Arbeiterschaft selbst als bewußte gesellschaftliche Kraft auftritt. Dieses Ziel aber: Eine klassenbewußt auftretende Arbeiterschaft, ist nicht erreichbar ohne die heute sozialdemokratisch wählenden Arbeiter und Angestellten. Dazu müssen wir bereits heute auf dem gegenwärtigen Niveau der politischen Auseinandersetzungen die Zusammenarbeit suchen. Und das können wir nach Lage der Dinge nur, indem wir sie in dem auch uns naheliegenden Wunsch unterstützen, von einer CDU-Regierung verschont zu bleiben. Weitere Schritte der Zusammenarbeit müssen dann

konkret entwickelt werden, und auch dafür gibt es heute schon Anhaltspunkte.

Zu den Demonstrationen am 23. Oktober wurden — von den Einzelgewerkschaften sehr unterschiedlich — überall im Bundesgebiet die Trommeln gerührt. Aber was wird sein, wenn diese Kundgebungen vorbei sind und Dampf abgelassen ist, welche praktischen Schlußfolgerungen werden von den Gewerkschaftsvorständen gezogen werden? Es liegt bei den Mitgliedern der Gewerkschaften und den Kollegen in den Betrieben, sich für politische und gewerkschaftliche Schritte zu organisieren und dafür Unterstützung zu suchen, die auch zu verwirklichen sind.

Die Gewerkschaftsvorstände schwanken seit geraumer Zeit zwischen wortradikalem Getöse, daß der soziale Friede aufs Äußerste gefährdet sei (das müssen sie tun, um sich in ihrer Rolle als Friedensstifter aufzuwerten), und hilfloser Passivität in ihrem ureigensten Felde, der Tarifpolitik. Bereits die vergangenen zwei Tarifrunden haben beträchtliche Reallohnverluste mit sich gebracht; die Erhöhungen lagen weit unter der Inflationsrate, hinzu kamen Erhöhungen von Arbeitslosen- und Krankenversicherung; wer zudem noch durch die Lohnerhöhung in die Steuerprogression kam, hatte nach der Tarifrunde sogar netto weniger in der Tasche als vorher.

Jedes Jahr laufen eine Vielzahl von Tarifverträgen aus. Die Unternehmer sehen in der Krise die Gelegenheit zu vielfältigem Lohn- und Gehaltsabbau. Die Erfahrungen der Vergangenheit deuten auch die Methoden an, wie dieser Abbau vorgenommen werden soll: So werden einzelne Arbeitergruppen untereinander ausgespielt, die Facharbeiter gegen die Un- und Angelernten, die technischen gegen die kaufmännischen Angestellten, Schichtarbeiter gegen Normalarbeiter, usw.. Die »Strategie« der Gewerkschaftsführungen paßt sich diesen Methoden an, um überhaupt etwas vorweisen zu können. Dieser Politik, die nur kurzfristige Scheinerfolge bringen kann — die allerdings auch die einzige ist, die sich mit der bisherigen Tarifkungelei mit den Unternehmern noch verwirklichen läßt —, fördert die Spaltung und zerstört letztendlich die gewerkschaftlichen Organisationen.

Gegen diese Art von Gewerkschafts- und Tarifpolitik müssen wir uns wehren, indem wir für jene Forderungen unter den organisierten Kollegen eintreten, die alle Mitglieder eint. Wie wir dies tun und welche Chancen zur Verwirklichung im einzelnen bestehen, muß im gegebenen Fall konkret diskutiert werden. Jedenfalls ist abzusehen, daß es ein schwerer Schlag für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellte wäre, wenn es bei den Verhandlungen nach Ablauf der Manteltarifverträge wieder — wie vor vier Jahren — dazu käme, daß eine Gewerkschaft als Vorreiter die Arbeitszeitverkürzung für ein oder zwei Prozent mehr Lohn eintauscht und damit für alle anderen Gewerkschaften unüberwindliche Marken setzt. ■

## Zur Diskussion über...

Hessen:

# Das Verhalten der Grünen nach den Wahlen

### Redaktionelle Vorbemerkung:

Der folgende Artikel ist ein erster Versuch, sich mit der Politik der Grünen nach der Hessenwahl im September auseinanderzusetzen. Obwohl der hier vertretene Standpunkt umstritten ist, soll mit der Veröffentlichung die Einbeziehung der Leser in die Diskussion ermöglicht werden. Erste kritische Einwände zu diesem Artikel folgen im Anschluß.

### Abwarten statt Politik?

Seit dem Wahlerfolg herrscht bei den Grünen eine gefährliche Erfolgsschwung vor. Man glaubt am **Beginn** einer

Entwicklung zu stehen und sieht im Wahlergebnis die Bestätigung der bisherigen Politik.

Erst, wenn man das außerparlamentarische Kräfteverhältnis einbezieht, wird deutlich, daß die Grünen trotz ihres **Wahlerfolges** politisch in der Defensive sind.

In erster Linie ist hier die Bewegung gegen den Bau der Startbahn West zu sehen, die jetzt, wo die Startbahn zum überwiegenden Teil betoniert ist, in ihrer schwierigsten Phase ist. Weiter sinkende Flugraten bestätigen Monat für Monat mehr, wie sinnlos der Startbahnbau auch betriebswirtschaftlich gesehen für den Frankfurter Flughafen ist; aber die Startbahn ist von der Landesregierung politisch durchgesetzt worden. »Wahltag ist Zahltag« hatten viele Bürger gesagt, als deutlich wurde, daß die Startbahn nicht mehr zu verhindern

war. Es blieb nur noch der Weg des Stimmzettels nach der Niederlage der Startbahnbewegung. Wie können die Grünen im Parlament jetzt etwas verhindern, was durch massenhaften außerparlamentarischen Widerstand nicht zu verhindern war?

Die jetzige Schwäche der Startbahnbewegung läßt sich sinngemäß auch auf andere Bereiche übertragen. Das Scheitern der Planungen für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage in Hessen und der mögliche Verzicht auf die 3. Ausbaustufe des Kernkraftwerks Biblis (Biblis C) sind nicht etwa Erfolge der außerparlamentarischen Bewegungen, sondern Ergebnisse veränderter Energiebedürfnisse und Planungen der Industrie.

Auch die vereinzelt aufflackernden Kämpfe gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau sind längst nicht ausreichend, um dem Unternehmerangriff etwas Wirksames entgegenzusetzen zu können.

In dieser Situation der Schwäche entstehen innerhalb des Protestspektrums — ob uns das gefällt oder nicht — zwangsläufig Illusionen über die Möglichkeiten der Grünen im Hessischen Landtag. Solche Illusionen lassen sich durch theoretische Erklärungen nicht beseitigen. Es bleibt den Grünen im Parlament nichts anderes übrig, als für möglichst viele einsichtig zu machen, daß die wichtigen politischen Entscheidungen der Landespolitik den gesellschaftlichen Verhältnissen geschuldet sind und zu zeigen, daß es die außerparlamentarischen Kräfteverhältnisse sind, die sich immer wieder zu unseren Ungunsten auswirken. Nur so werden die Grünen in der Lage sein, in Ansätzen ihren enttäuschten Wählern die wirklichen Ursachen ihrer beschränkten parlamentarischen Wirksamkeit zu zeigen.

Der Spielraum der Grünen im Parlament ist denkbar gering. Dies zeigt sich darin, daß die Pläne der CDU und SPD Auseinandersetzungen mit den Grünen nur als taktische Variante beinhalten und Lösungen wie Neuwahlen, Große Koalition etc. ins Auge gefaßt werden. Die Grünen selber sind hilflos und versuchen im Moment, Zeit zu gewinnen.

## Bisherige Erfahrungen der Grünen im Frankfurter Kommunalparlament

Maßgeblich für die eigene Einschätzung der Grünen, wie sie sich im Hessischen Landtag verhalten sollen, waren die Erfahrungen nach der Kommunalwahl 1981 (März). Damals festigte sich — entgegen allen Erwartungen — die absolute CDU-Mehrheit im Frankfurter Römerparlament. Die Grünen wurden neben der SPD zur zweiten Oppositionspartei.

Im Erscheinungsbild der Öffentlichkeit kehrte sich diese Reihenfolge bald um: Die Debatten polarisierten sich zwischen CDU und Grünen, die SPD wurde immer blasser. Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Die Frankfurter SPD mußte in dem Rahmen (Oppositions-) Politik machen, der von der Wiesbadener Landesregierung vorgegeben war. (Vor allem sichtbar am Bau der Startbahn West). Gemeinsames Vorgehen von Grünen und SPD gab es anfangs nur in Stilfragen gegenüber der CDU.
2. Konflikte, die den Grünen Schwierigkeiten hätten bereiten können, sind bislang außen vor geblieben: Stilllegungen und Entlassungen, beispielsweise in der Frankfurter Metallindustrie, wurden auch von der SPD nicht zum Gegenstand der Parlamentsarbeit gemacht,<sup>1</sup> denn die Marktwirtschaft und den öffentlichen Sparkus konnte sie als Opposition im Römer schlecht angreifen, während die eigene Bundes- und Landesregierung die Wirtschaftspolitik machte.

Diese Entwicklung führte dazu, daß sich die SPD in den parlamentarischen Auseinandersetzungen teilweise den Grünen anschloß, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Wichtigstes Beispiel hierfür ist die Verleihung des Goethepreises der Stadt Frankfurt an Ernst Jünger, wogegen beide Parteien gemeinsam voringen.

Die Grünen haben sich von Anfang an auf die Oppositionsrolle im Landesparlament eingestellt bzw. als »Fundamentallopposition«, denn vor der Landtagswahl mußte man bei realistischer Betrachtungsweise zu dem Ergebnis kommen,

daß die Mehrheitsverhältnisse in Wiesbaden so wie bis dahin im Frankfurter Römer sein würden. Ohne das zu dieser Zeit geschickte Taktieren Helmut Schmidts beim Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition wäre Dregger heute mit großer Wahrscheinlichkeit Ministerpräsident. Bei Neuwahlen in Hessen mit dem neuen CDU-Spitzenkandidaten, dem Frankfurter Oberbürgermeister W. Wallmann, ist eine absolute Mehrheit für die CDU immer noch möglich.

Das Wahlergebnis vom 26. 9. 1982 stellt die Grünen vor völlig andere Aufgaben. Nach Meinungsumfragen wollen 70% der Grünwähler und knapp die Hälfte der SPD-Wähler, daß diese beiden Parteien irgend eine Form der Zusammenarbeit finden, damit eine CDU-Regierung verhindert werden kann.

Viele Protestwähler haben ohne Ansehen von Personen und Programmen »grün« gewählt. Sie beginnen sich jetzt für deren konkrete Politik zu interessieren und hoffen natürlich, daß die rein numerische Mehrheit gegenüber der CDU sich auch politisch durchsetzt. Die Wähler der SPD sehen ebenfalls die politische Zukunft ihrer Partei vom Verhalten der Grünen abhängig. Auch sie erwarten, daß der Rechtsentwicklung Einhalt geboten wird.

Die Grünen haben aber Angst davor, durch eine wie auch immer geartete Unterstützung der SPD politisch zerrieben zu werden. Daher übten führende Vertreter der hessischen Grünen schon vor den Landtagswahlen polemische Kritik am »Verhandlungsweg« der GAL in Hamburg. Linken Kräften, die nach den Wahlen den Vorschlag an die hessischen Grünen herantrugen, eine Tolerierungspolitik gegenüber der SPD aktiv anzustreben, warf man vor, dadurch den »reformistischen« Flügel bei den Grünen zu unterstützen. (Dieser Flügel, deutlich vertreten durch die Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, strebt eine Koalitionspolitik mit der SPD an.)

Aufgrund des Wahlergebnisses haben die Grünen jetzt in parlamentarischen Fragen einen gewissen Einfluß bekommen, denn eine SPD-Landesregierung kann im Moment ohne sie keine Mehrheit bekommen. Wenn wir uns hier den Kopf der Grünen zerbrechen, dann deshalb, weil viele Arbeiter und Angestellte in Hessen Hoffnungen und Illusionen haben, eine CDU-Regierung könnte durch Zusammenarbeit von Grünen und SPD verhindert werden. Aus vielen SPD-Ortsvereinen — besonders im Frankfurter Bereich — wird diese Zusammenarbeit immer mehr gefordert.

Es ist wichtig, daß bei einem Scheitern dieser Hoffnungen die Rolle der SPD klar wird, denn: *»In der hessischen SPD scheint man inzwischen den ursprünglich geplanten Gesprächen mit den Grünen über die Möglichkeit einer parlamentarischen Zusammenarbeit immer weniger Chancen zu geben, wenngleich der SPD-Fraktionsvorsitzende Winterstein davon sprach, die Sozialdemokraten wollten die Tür zu Gesprächen auch nach den jüngsten Äußerungen der Grünen zur Gewaltfrage »nicht zuschlagen«, und der stellvertretende Ministerpräsident und nordhessische Bezirksvorsitzende Krollmann solche Gespräche als »notwendig« bezeichnete. In der Umgebung des Ministerpräsidenten heißt es, es gehe letztlich nur darum, dafür zu sorgen, daß die Grünen den »Schwarzen Peter«, für ein Scheitern einer Zusammenarbeit mit der SPD in der Hand behielten. Börner habe sich — auf Druck der Partei — zu den Gesprächen bereitgefunden, um sie »mit dem Ziel des Scheiterns« zu führen. (FAZ vom 20. 11. 82)*

Im Moment führt die SPD-Spitze die Auseinandersetzung mit den Grünen so, daß sie versucht, verlorengegangene Protestwähler zurückzugewinnen. Sie stellt die Grünen als Feinde der Demokratie dar, die nicht bereit sind, das Gewaltmonopol des Staates anzuerkennen. Eine Demonstration aus Anlaß des Jahrestages der Hüttendorfräumung, in deren Verlauf es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen ist, nutzt sie zur Abgrenzung. Die Grünen sollen sich von militanten Auseinandersetzungen distanzieren, damit Gespräche stattfinden können. Damit versuchen sie z. Zt. von landespolitischen Problemen abzulenken auf die »Gewaltfrage« und den Grünen den Schwarzen Peter zuzuschieben. Die CDU nutzt die Zeit mit Vorschlägen für eine »Große Koalition auf Zeit« und vorgezogene Neuwahlen. Gleichzeitig wächst aber auch der Druck aus SPD-Ortsvereinen, die ernsthafte Verhandlungen mit den Grünen fordern.

Auch wenn es am Ende nicht zu einer Vereinbarung mit der SPD kommt, müssen sie jetzt Kompromißvorschläge unterbreiten, die eine realistische Möglichkeit der Zusammenarbeit aufzeigen. Die Form der Zusammenarbeit kann nicht die

<sup>1</sup> Ausnahme ist das Vorgehen gegen geplante Spekulationen mit dem Firmengelände bei der Schließung von VDM. Die Grünen unterstützten hierbei einen Antrag der SPD.

Beteiligung an einer Regierung sein, sondern die parlamentarische Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung unter bestimmten Bedingungen. Unterlassen die Grünen weiterhin parlamentarische Aktivitäten in dieser Richtung, wird die SPD alle konkreten Entscheidungen und Abstimmungen im Parlament dazu nutzen, ihre eigene politische Schwäche zu verschleiern und den Grünen Unfähigkeit zu praktischer Politik bescheinigen, wo sie selbst in Wirklichkeit unfähig ist, anstehende Probleme zu lösen.

Börner will nach dem Auslaufen der Legislaturperiode ab 1.12. als Chef einer »geschäftsführenden Landesregierung« weitermachen. Im Dezember will er einen »arbeitsmarktpolitisch offensiven Haushalt« vorlegen. Bei fehlender Zustimmung im Parlament könnte er dann den Grünen die Schuld dafür zuschieben, daß in Hessen keine Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die CDU hat schon signalisiert, daß sie in diesem Punkt mittun will, obwohl sie auf der anderen Seite immer wieder betont, eine geschäftsführende Landesregierung könne eigentlich gar keinen Haushalt vorlegen. Sie will sich in Arbeitsplatzfragen keine Blöße geben und die Minderheit der SPD-Abgeordneten, die zur Zusammenarbeit mit der CDU bereit sind, stärken.

Es ist in den letzten Tagen deutlich geworden, daß selbst ein kompromißbereites Verhalten der Grünen schließlich doch nicht zu der oben dargestellten Zusammenarbeit in Form einer Tolerierungspolitik führen kann. Die politische Unsicherheit der Grünen und ihr Verhältnis zu den Normen der bürgerlichen Demokratie (Gewaltmonopol des Staates, »Unabhängigkeit« der Parlamentsabgeordneten von den Wählern usw.) lassen sie in den Augen von Sozialdemokraten als großen Unsicherheitsfaktor erscheinen. Sie sind es gewohnt, seit Jahrzehnten in den Parlamenten ungestört ihre Kompromisse zu machen, ohne von außerparlamentarischen Kräften dabei gestört zu werden. Dieses außerparlamentarische Element bringen die Grünen aber jetzt in die Parlamente hinein.

Die SPD ihrerseits steht nicht unter solchem außerparlamentarischen Druck, daß sie zur Einigung mit den Grünen gezwungen wäre. Für viele »rechte« Sozialdemokraten erscheint eine Große Koalition mit der CDU viel naheliegender, wenn anders keine Mehrheiten im Parlament möglich sind.

Die Grünen können dieses Geschäft nur erschweren, wenn sie parlamentarisch aktiv werden und selbst ein Tolerierungsangebot unterbreiten. Vor allem den Wählern von Grünen und SPD muß klar aufgezeigt werden, unter welchen Bedingungen eine Tolerierungspolitik möglich wäre. Problem der Grünen dabei ist, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine ausreichenden Informations- und Diskussionskanäle der außerparlamentarischen Kräfte gibt, mit deren Hilfe auch Grenzen der Parlamentsarbeit und taktische Schritte vermittelt werden können.

Dies wird besonders deutlich in der Frage des Baustopps für die Startbahn 18 West des Rhein-Main-Flughafens. Faktisch ist diese Startbahn gebaut, und die Startbahnbewegung hat es nicht vermocht, den Bau zu verhindern. Es ist eine Illusion zu glauben, die Grünen könnten parlamentarisch etwas verhindern, was außerparlamentarisch nicht verhindert werden konnte. Parlamentarisch können die Grünen jetzt nicht mehr versuchen, als zu einem kurzfristigen Moratorium zu kommen, was an den Tatsachen nichts ändern würde, sondern lediglich dazu genutzt werden könnte, die verkehrspolitische Unsinnigkeit des Startbahnbaues in der Öffentlichkeit darzustellen.

Ebensowenig sollten die Grünen die Verhandlungen von Personen (Holger Börner) abhängig machen. Seine Politik kann auch von anderen Figuren durchgeführt werden, es geht aber um die Folgen ihrer Politik und nicht um moralische Kriterien.

Weitere Voraussetzungen einer Tolerierungspolitik wären:

- Einigung in Fragen der Sozialpolitik;
- Einigung über staatliche Programme zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen;
- kein Ausbau und Weiterbau von Atomanlagen, schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie;
- Aussetzung der Strafverfolgung gegen Startbahnegner in Form eines Straffreiheitsgesetzes.

Die Mehrheit der hessischen Grünen zeigt bisher keine Einsicht in die Notwendigkeit politischen Handelns. Auf ihrer

Landesmitgliederversammlung am 30./31. Oktober 1982 stimmten sie mit 140:100 für »Gespräche« mit der SPD, die vielleicht in einigen Monaten in Verhandlungen mit dem Ziel, zu Absprachen zu kommen, überführt werden sollen. Zunächst will man sich ganz allgemein und unverbindlich »abtasten«. Damit wurden die alten politischen Beschlüsse vor der Wahl bestätigt und dann anschließend durch Zusatzbeschlüsse wieder aufgeweicht. Nach diesen Zusatzbeschlüssen soll es aber möglich sein, in Einzelfragen zu Absprachen zu kommen (z. B. bei der Verabschiedung des Haushalts).

Die Wortführer der Grünen machen sich nicht klar, daß ihre 8% Wählerstimmen **überwiegend Proteststimmen** sind. Sie überschätzen ihren Wahlerfolg, indem sie ihn teilweise auf ihre eigenen politischen Aktivitäten oder auf ihr gutes Programm zurückführen und glauben, am Beginn einer klassenübergreifenden ökologischen Protestbewegung zu stehen, die sich weiter entwickelt und festigt und deren »parlamentarischer Arm« sie sind.

Die Grünen müssen auch befürchten, daß sich die Strömungen in ihrer eigenen Partei verstärkt reiben werden, wenn es zu konkreten Schritten im Parlament kommen würde. Hinter dem Festhalten an prinzipienfester »Fundamentalopposition« steckt die Angst, an den eigenen Widersprüchen scheitern zu können.

An dieser Befürchtung ist sogar etwas Wahres dran. Wären die Grünen mit ihrem bisherigen Schwerpunkt in der Parlamentsarbeit wirklich so »verankert« in den Massenbewegungen der letzten Jahre, wäre diese Bewegung selber wirklich so stark und zusammenhängend, wie oft behauptet wird, dann könnten die Grünen auch im parlamentarischen Bereich taktieren und die Grenzen, auf die sie dabei stoßen, an der Basis vermitteln. Aber diese Voraussetzungen sind kaum vorhanden, ebenso fehlt den Grünen zur Zeit die **innere** Einheit, um parlamentarisch handeln zu können.

Den Protestbewegungen der letzten Jahre fehlt vor allem das Element einer sich entwickelnden Arbeiterbewegung, die allein der großen Zahl eine wirkliche Kraft geben könnte. Die Schwäche der bisherigen Protestbewegungen, verbunden mit Selbstüberschätzung und Richtungslosigkeit der Grünen im Parlament, läßt ihre Furcht vor konkreten politischen Schritten im Parlament verständlich erscheinen.

Die Politik der GAL in Hamburg zeigt aber, daß es auch unter den heutigen Bedingungen möglich ist, mit der SPD Verhandlungen zu führen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Den Wählern der SPD muß in diesen Verhandlungen gezeigt werden, wie sich »ihre« Partei konkret verhält und warum sie evtl. vorhandene Möglichkeiten einer Einigung nicht nützt. Das ist nur möglich mit klaren überschaubaren Forderungen, die ihrem Charakter nach nur reformistisch sein können. Ziel muß es sein, die SPD **von unten** unter Druck zu setzen, sonst übergeben Politiker wie Börner die Regierungsgeschäfte eher an die CDU, als mit den Grünen zusammenzuarbeiten.

Allen, die sich für die Wiederbelebung einer Arbeiterbewegung in Deutschland einsetzen, kann nicht gleichgültig sein, was sich jetzt zwischen SPD und Grünen abspielt.

1. Von unseren Kollegen am Arbeitsplatz werden wir mit den Grünen in Verbindung gebracht, ob wir wollen oder nicht, auch ganz unabhängig von einer Wahlempfehlung. Für sie existiert ein politischer Zusammenhang von Protest gegen die Umweltzerstörung, Friedensbewegung und Ansätzen aktiver betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit. Wenn sie »grün« gewählt haben, haben sie das als Schritt »nach links« verstanden und vertreten. Insofern belastet uns auch eine Politik der Grünen, die mit dazu beiträgt, daß die Rolle der SPD in der Krise verschleiert werden kann.
2. Scheitert die SPD als Regierungspartei auch in Hessen, wird sie immer versuchen, den Grünen die Schuld dafür zuzuschreiben. »Linke« wie »rechte« Sozialdemokraten werden vereint davon ablenken, daß sie in den letzten Jahren selber das politisch vorbereitet haben, was eine CDU-Regierung weiterführt. Sie können in dieser Hinsicht heute nicht mehr so auftrumpfen wie in den 50er und 60er Jahren, für uns ist es aber immer noch besser, wenn die SPD als Regierungspartei Farbe bekennen muß.
3. Bei aller Gemeinsamkeit gibt es doch einige Unterschiede zwischen SPD und CDU, weshalb es ebenfalls nicht völlig gleichgültig ist, wer regiert. (Beispiele: Innere Sicherheit, Außen- und Rüstungspolitik) Beim Abbau von Soziallei-

















